

Der Blick von außen: Was diese Stadt so alles wuppt

Ausschuss des Städtetages traf sich in Heidelberg – Viel Lob für den Gastgeber – Appell an die Bundesregierung: Mehr tun für Wohnungsbau

Von Sebastian Riemer

Die Internationale Bauausstellung? „Sucht vom Anspruch her ihresgleichen – da geht Heidelberg einen sehr intelligenten Weg.“ Die Bahnstadt? „Setzt Standards bei der Inszenierung des öffentlichen Raums.“ Der Umgang mit den Konversionsflächen? „Heidelberg hat sein Möglichkeitsfenster entschieden genutzt und sich die Flächen gesichert.“ Und Heidelberg insgesamt? „Eine unglaublich aktive, herausragende Stadt, die mit ihrem bürgerschaftlichen Engagement enorm viel wuppt.“

Diese Zitate stammen von Hilmar von Lojewski. Er leitet das Dezernat Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr des Deutschen Städtetags – ein Zusammenschluss von 3400 Städten und Gemeinden, der 51 Millionen Bürger vertritt. Am Donnerstag und Freitag tagte der Bau- und Verkehrsausschuss des Städtetags in Heidelberg – und informierte sich am Rande des Treffens auch über die Bahnstadt und die Internationale Bauausstellung (IBA).



Jürgen Odszuck (rechts) zeigte den Städtetags-Vertretern, darunter Hilmar von Lojewski (Mitte), auch die Bahnstadt. Foto: Dittmer

Das Loblied auf den Gastgeber, das von Lojewski im Gespräch mit der RNZ sang, hörte Heidelbergs Baubürgermeister natürlich gerne. „Da sitzt man, schweigt – und genießt“, sagte Jürgen Odszuck, der an dem zweitägigen Treffen teilnahm.

Die Zusammenkunft der Ausschussmitglieder in Heidelberg war die erste nach

der Regierungsbildung im Bund – und so wurde gründlich der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD seziert. Besonders zum Thema Wohnungsbau fand von Lojewski deutliche Worte: „1,5 Millionen Wohnungen will die Regierung binnen vier Jahren schaffen. Aber dafür werden die zwei Milliarden Euro bis 2021 kaum reichen.“ Und Baubürgermeister Odszuck ergänzte: „Man muss sich schon fragen, ob diese hehren Wohnungsbauziele im Einklang

stehen mit der Aufgabe der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, möglichst hohe Preise für ihre Grundstücke zu erzielen.“

Heidelberg ist bei diesem Thema leidgeprüft: Denn alle ehemaligen Flächen der US-Armee gehören nach deren Abzug zunächst der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) – von der die Stadt sie in

langwierigen Prozessen für viel Geld kauft. „Wir kämpfen mittlerweile in der dritten Legislaturperiode dafür, die Bima von Profit- auf Gemeinwohlorientierung umzustellen“, so von Lojewski. „Wenn die Regierung jetzt eine Wohnungsbauoffensive ankündigt, muss sie auch etwas dafür tun.“

Doch die Städtetags-Vertreter fordern noch mehr als eine neue Bodenpolitik. „Wir brauchen auch wieder eine größere Wohnbauförderung für Städte, in denen günstiger Wohnraum Mangelware ist“, sagte der Ausschussvorsitzende Hartmut Hoferichter. „Der Bedarf in vielen Städten wird immer größer, die Wohnungsnot verschärft sich immer weiter.“ Wie bitter nötig eine solche Initiative auch für Heidelberg wäre, zeigt einmal mehr eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung. Demnach fehlen in keiner deutschen Stadt so viele Wohnungen für Geringverdiener wie in Heidelberg. Konkret: Über 40 Prozent jener Haushalte, denen nur zwischen 60 und 80 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung steht, finden in Heidelberg keine Wohnung.